

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Beleggebühr monatlich 2,20 M., bei Zustellung unter Strichband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Verleger: Kurt Roden 2505 und 2506.

Immer noch die achtgipflige Doppelgipflige über dem Namen 20 Pf., kleine Ausgabe das festbedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Druckaufschlag 60 %. Bei Familien- und Verkaufungsangelegenheiten ist der Aufschlag fort. Inverste für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.  
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Internationale marschiert!

## Eine Kampfanlage des französischen Proletariats.

Bern, 1. April.

Das von Kautsky veröffentlichte Manifest der französischen Sozialistenpartei erklärt, nur eine sozialistische Internationale werde in der Lage sein, die Ordnung in der Welt wieder herzustellen. Erst eine sozialistische Revolution könne wirkliche Demokratie schaffen. Die sozialistische Partei dürfe keine Gelegenheiten verpassen, die ihr durch die Fehler der Bourgeoisie geboten werde. Auf die Übernahme der Macht durch das Proletariat werde voranschreitend eine Periode der Diktatur folgen. Daher müsse eine verfassunggebende Versammlung einberufen werden, um die für das wirtschaftliche und politische Leben des Landes notwendigen neuen Institutionen zu schaffen. Das Manifest spricht sich gegen alle Friedensverbindungen aus, die die überlebte Form eines überlebten Chauvinismus fördern. Das Manifest bedauert, daß der gerechte Frieden die französische Regierung zu seinem offenen oder geheimen Gegner zu machen ließe. Die Partei bekennet sich zu dem Gedanken des Völkerverbundes, der von allen Völkern mit gleichen Rechten und Pflichten, nicht aber von einigen Regierungen gebildet werden solle.

„Tempo“ kommentiert in einem sehr ernst gehaltenen Artikel, dieses Manifest und erklärt, die Forderungen, für die sozialistische Partei Frankreichs und die confédération générale du travail sich einsetzen wollen, ebnet den sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats den Weg.

## Zur Freisprechung Villains.

Bern, 1. April.

Die „Franchise de Lyon“ und Paris meldet, daß die Freisprechung des sozialistischen Einvertrages unter dem Eindruck der Freisprechung des Würzburger Landtags, die von verschiedenen Rednern als herausragende Leistung der Arbeiterklasse und in einer einhimmigen angenommenen Entschlossenheit als Freisprechung des Sozialismus bezeichnet wurde. Der Vertreter der linksstehenden Gruppe betonte ausdrücklich die Notwendigkeit einer Diktatur des Proletariats. Sämtliche Diktatorien sind in der Empörung über die verfehlte Politik der Würzburger Landtags einig.

Zur Freisprechung Villains schreibt die „Victoire“ vom 30. März, sie sei ein schwerer politischer Fehler, der von der Arbeiterklasse als Herausforderung aufgefaßt werden würde. „Humanität“ sagt: Unterstützung über das unverständliche Verdict zeigte sich bei den Kammerdeputierten aller Parteien. Generalkonferenzmitglied Beguin, also der Vertreter der Regierung, sagte die Tat als einem edlen Motiv entworfen zu bezeichnen. Die Bourgeoisie beging dadurch eine Verhöhnung und Herausforderung der Arbeiter, über deren Tragweite sie sich wohl nicht ganz klar geworden ist. „Journal du Peuple“ ist über den Freispruch erfreut, denn er zeige aufs Klarste die Klüft zwischen den zwei Welten der Arbeiter, die mit ihrem Schwere das Verhängnis der Reichen bezahlen, und der Bourgeoisie, die sich nicht scheut, bei ihren Angehörigen sogar Verbrechen zu verzeihen. Die Brücken sind abgebrochen, schreibt das Blatt, warten wir das Ende ab!

## Was ist ein Räte-System?

Die bürnische Presse läßt sich aus Weimar telegraphieren, daß während Mittelstücken der Mehrheitsparteien und der Regierung in den letzten Tagen mehrere und einander widersprechende Meinungen über die Frage der Verantwortung des Räte-Systems in der Verfassungsgeschichte haben. Sie sollen, heißt es, nunmehr zu einer Entscheidung über den einschlägigsten Weg geführt haben. Schon in den allerersten Tagen wurde von der Regierung ein neuer Artikel der Verfassung angedacht, der die Verantwortung enthält. Man nehme an, daß dieser Vorstoß die Zustimmung einer überwiegenden Mehrheit der Nationalversammlung finden würde.

Im ähnlichen Sinne äußerte sich gestern die halbamtliche „D. Allg. Ztg.“, die sich beziehungsweise Weise ordnet, daß von dem Führer der Maaderburger Mehrheitspartei Hermann Weins absurd und respektlos zu erklären,

es werde doch nichts anderes übrig bleiben, „als das Räte-System auf einer breiteren Grundlage zu stellen und den Räten als eine Allmeinververtretung des gesamten arbeitenden Volkes einen Platz der Verfassung durch Festlegung in der Verfassung anzuweisen.“ Diese Schwankung in der Frage des Räte-Systems zeigt, daß der Regierung der Boden unter den Füßen so weich geworden ist, daß sie ihren bisherigen Widerstand gegen das Räte-System aufgeben will. Die Hauptfrage bleibt indes, was sie auf diesem Gebiet zu unternehmen ardenk. Mit leeren Versprechungen oder dekorativen Rechten wird sich die Arbeiterklasse nicht aufrieden lassen.

## Die unerfüllbaren Forderungen. Bergarbeiterabordnungen in Weimar.

TU Weimar, 1. April.

Aus dem Ruhrgebiet sind gestern zwei Abordnungen der streikenden Arbeiter bei dem Reichsminister für Inneren in Weimar eingetroffen. Der Minister Bauer hat gestern mittag bereits mit ihnen Besprechungen abgehalten und wird mit ihnen gemeinsam nach Berlin reisen, um dort in enger Verbindung mit dem Reichsministerium die Forderungen vorzutragen. Es kann aber nach den dem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ von zuständiger Seite gemachten Mitteilungen keinerlei Zweifel darüber aufkommen, daß die streikenden Bergarbeiter mit ihren sozialen Forderungen auf ein Entgegenkommen bei der Reichsregierung nicht rechnen zu können haben. Die Reichsregierung bleibt bei dem in ihrer Kundgebung eingenommenen Standpunkt, daß die schwebende Arbeitslosigkeit zu einem völligen Erliegen des Bergbaus und zu einer schweren Schädigung der inner- und außerpolitischen Lage führen würde. Die von den Bergarbeitern aufgestellten politischen Forderungen seien eine Regierung der Demokratie und würden die Diktatur einer Klasse bedeuten. Derselben kommunikativen Forderungen wurden auch beim Streik im mitteldeutschen Braunkohlengebiet laut und seien mit Entschlossenheit von der Reichsregierung zurückgewiesen worden. Die Einrichtung von Betriebsräten sei den Bergarbeitern bereits zugesichert. Ein Uebergreifen des Räte-Systems auf das rein politische Gebiet werde dagegen von der Reichsregierung abgelehnt. Bleiben die Bergarbeiter bei ihren unerfüllbaren Forderungen, so sei die Reichsregierung entschlossen, ebenfalls wie feierlich im mitteldeutschen Braunkohlengebiet den Kampf durchzuführen und den Bergarbeitern die Verantwortung für das Ansehen zugewiesen, das sie damit in dieser kritischen Situation über Deutschland heraufbeschwänden.

Der kurze Sinn dieser Mitteilungen ist, daß die Regierung auf ihrem Standpunkt verharrt und den streikenden Bergarbeitern keinerlei wesentliche Zugeständnisse machen will. Solche scharfe Erklärungen erscheinen uns keineswegs geeignet, die Bergarbeiter wieder zu beruhigen und die Wiederaufnahme der Kohlenproduktion in dem für das deutsche Wirtschaftsleben notwendigen Umfange zu sichern.

Offen, 1. April.

Nach den aus den einzelnen Bergrevieren vorliegenden Meldungen ist gegen den gestrigen Tag, an dem der Ausstand fast nur auf den Vortmund, Bitterer und Bochumer Bezirk beschränkt war, nur eine geringe Zunahme der Streikenden zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Ausständigen hat sich heute auf 26.109 belaufen gegen 23.000 gestern.

## Verdächtige Stimmen.

Rotterdam, 1. April.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird von seinem Pariser Korrespondenten gemeldet, er habe erfahren, daß die Alliierten nicht die Absicht hätten, Dantsig mit Gewalt polnisch zu machen, und daß sie sich auch in der Frage des Saarbeckens in enger Linie durch prinzipielle Erwägungen leiten ließen. Man sei zwar der Ansicht, daß die Polen den Ausweg über Dantsig brauchen und daß die Franzosen die Benutzung der Bergwerke im Saargebiet nötig hätten, aber dem liege die Frage der Nationalitäten gegenüber und das deutsche Element sei in beiden Fällen vorzuziehen. Man wolle keinesfalls eine neue Elsaß-Lothringische Frage herausbeschwenden. Aus diesem Grunde müsse ein Mittelweg gefunden werden. Der Korrespondent glaubt zu wissen, daß bereits ein solcher gefunden sei, der alle Teile befriedigen werde.

## Von der Sozialdemokratie zum Kommunismus.

Von Eugen Baras.

Volkskommissar für Finanzen der ungarischen Räterepublik.

Wir entnehmen diese Ausführungen des ungarischen Volksbeauftragten, der auch von deutschen Genossen als Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ bekannt ist, der „Wiener Arbeiterzeitung“ wegen der Aufklärung, die sie über die Entwicklung der ungarischen Umwälzung geben.

Ein Selbst geht um in Europa: das Selbst des Kommunismus. Sechs Wochen sind es her, daß die ungarische Volksgemeinschaft, an der vier Sozialdemokraten teilnahmen, die Führer der ungarischen kommunistischen Partei, mehr als sechs Wochen, verhasst sind. Nach sechs Wochen sind Sozialdemokraten und Kommunisten wieder vereint in der ungarischen sozialistischen Partei, die voll und ganz auf dem Boden des Räte-Systems und der Diktatur des Proletariats steht. Zwei Minister der ehemaligen Regierung, Kunfi und Böhm, sind nunmehr Volkskommissare, und die Feinde von gestern arbeiten jetzt mit vereinter Kraft an dem Ausbau der neuen Ordnung. Alle Führer der alten Partei sind im neuen Lager. Nur drei Männer, Garoni, Buchinac und Weidl, haben sich abseitig gestellt.

Wie war diese rasche Wandlung möglich? Da will versuchen, die Gründe rasch darzulegen.

Die politische Revolution vernichtete in Ungarn den militärischen Unterdrückungsapparat der herrschenden Klassen, das Meer und jede Art von bewaffneter Macht fast restlos. Es blieben keine „Infanterie“ Beereckfordere zurück wie in Deutschland! Das Meer löste sich auf: das neuere gebildete Meer wurde aus Freiwilligen gebildet, nach russischem Muster, mit Vertrauensleuten und Soldatenräten. Von dem Trude der militärischen Gewalt befreit, entfesselte sich eine ärmlose Arbeiterbewegung, zum Teil von den Wäldern der kommunistischen Partei geführt. Die Direktoren wurden aus den Fabriken entfernt, die Betriebe von den Arbeitern eigenmächtig angeeignet. Die Revolution drohte, sich in ein wirtschaftliches und politisches Chaos aufzulösen. Man mußte zu der Ueberzeugung gelangen, daß sich die Produktion auf kapitalistischer Grundlage nicht mehr regenerieren kann! Ich habe schon vor vier Wochen dieser meiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben!

Warum ist es rein unmöglich, die Produktion auf kapitalistischer Grundlage neu aufzubauen? Von den Fesseln der Gewalt befreit, ist das Proletariat nicht länger geneigt, die bisherige Ausbeutung, Hunger, Not und Elend zu dulden. Das Proletariat fordert stürmisch die Verbesserung seiner Lebenslage in materieller, moralischer und politischer Beziehung. Im Rahmen der kapitalistischen Produktion ist dies heute, nachdem der Krieg den Produktionsapparat des Landes ruiniert hat, unmöglich. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln verhindert den rationalen Wiederaufbau der Produktion, die jetzt absolut notwendige Konzentration der Produktion ausschließlich auf jene Gegenstände, die dem Konsum des Proletariats dienen. Ohne diese Maßregeln aber kann das Proletariat nicht zufriedengestellt werden: ohne eine Befriedigung des Proletariats in Wohl und Land — und die Unruhe bei den Millionen der landlose ungarische Feldarbeiter ist vielleicht noch tiefer und hätte in ihrer Folge für die künftige Ernährung des Landes noch katastrophaler werden können als die des industriellen Proletariats — war aber keine Aussicht vorhanden, daß überhaupt eine Produktion im Lande stattfinden kann. Und so blieb kein Ausweg übrig, als entweder eine Diktatur der Bourgeoisie, die absolute Anhebung des Proletariats und die Erzwingung der Arbeitsleistung durch Strafbüße, Gefängnis und Tod; der Weg, den die skandinavische Bourgeoisie und die rumänischen Bolaren jetzt versuchen, der Weg der absoluten Reaktion, der aber für die ungarische herrschende Klasse selbstwiderwärtig unannehmbar war, da die bewaffnete Macht hierzu fehlte. Oder aber die Diktatur des Proletariats. Der ständige Zwiespalt zwischen den zwei Faktoren der Produktion: Arbeitsmittel und proletarische Arbeitskraft, mußte irgendetwie gelöst werden. Wir mußten wählen, wenn wir die Produktion nicht ganz zu-

gründe geben lassen und das Land dem Fleiß preisgeben wollten. Die Wahl war leicht! Von den zwei Diktaturen mußte jeder Sozialdemokrat die des Proletariats wählen. Nun weiß ich sehr gut, daß die Diktatur des Proletariats der wirtschaftlichen Not nicht sofort ein Ende bereitet, daß die Forderung der Arbeiter nach besserer Verteilung nicht sofort in Erfüllung gehen kann. Na, es ist wahrscheinlich, daß die Lage des Proletariats während einer Übergangszeit noch schlechter sein wird als bisher. Wenn ich trotzdem hoffe, daß die Diktatur des Proletariats die Produktion möglichst machen wird, stütze ich mich auf folgendes:

1. Daß das Proletariat die unumgänglichen materiellen Entbehrungen viel leichter dulden wird, wenn es sieht, daß auch die Bourgeoisie nicht mehr in Saub und Bräut lebt. 2. Daß es möglich ist, dem Proletariat die Möglichkeit des kulturellen Genießens — Theater, Museen, Bibliotheken, Gärten, Päder, Schulen — sofort zu bieten, was bereits geschehen ist.

3. Daß der Vollbesitz der politischen Macht das Proletariat für die unverwendbaren Mängel der materiellen Versorgung entschädigen wird.

Viele rein ökonomischen Gesichtspunkte waren es, die mich dahin gebracht haben, daß ich schon seit Monaten in der sozialdemokratischen Partei selbst für die Weibernahme der Regierung für die Diktatur des Proletariats war. Im Anbetracht der enormen ökonomischen Lage Marins, unvornat von feindlichen, bisher noch sozialistisch-imperialistischen Völkern, mußte aber die offene Proletariatsrevolution unterbleiben, bis die Verhältnisse für eine proletarische Revolution herangereift waren. Dieser Augenblick scheint jetzt gekommen zu sein. Stolz entfaltet das unaarische Proletariat die rote Fahne in der sicheren Erwartung, die Klassenbewußten Proletarier Europas werden es verhindern, daß die unaarische Proletariatsrepublik, von imperialistisch-fökalistischen Decten liberalen, verarmt werde, bevor die Vereinigung mit den russischen Brüdern möglich ist.

## Die Organisation des Bürgerkrieges.

Die Weimarer haben — es ist noch nicht sehr lange her — ein Reichswehrgesetz auf ein Stück Papier geschrieben. Da sieht es nun als ein Merkmal der Unzulänglichkeit der Männer und Methoden, denen es seine Existenz verdankt. Aber das wäre nicht so schlimm und in dieser Zeit der Unzulänglichkeiten nicht gerade auffallend. Das Schlimme ist, daß es eben nur auf dem Papier steht. Es kann einer Regierung schon einmal passieren, daß sie ein solches Gesetz macht. Ein Grundgesetz gibt mehr als er hat. Aber von einer Regierung muß unbedingt gefordert werden, daß sie den Willen hat, die im Parlament angenommenen Gesetze anzuwenden. Auch wenn ihr nachträglich die Erkenntnis gekommen sein sollte, daß das Gesetz unvollkommen ist, berechtigt sie das nicht dazu, das Gesetz unbeachtet zu lassen und ruhig zuzusehen, wie aus dem betreffenden Gebiete völlig geistlose und chaotische Zustände einreifen. Und am gefährlichsten ist eine solche Behandlung der Dinge dann, wenn sie auf einem Gebiete Platz greift, wo die Rückständigkeit der Regierenden Willkür der unteren Organe erzeugt und fördert und Leben und Eigentum der Bürger in Gefahr bringt.

Im Meerwesen der deutschen Republik ist das der Fall. Hier werden die Zustände — militärisch und politisch gesehen — täglich unmöglicher.

Nachdem die Novemberwelle der Revolution veresbt war, war in weiten Kreisen des Entschlusses über so eine ruhige und unblutige Revolution kein Ende. Nur keinen Bürgerkrieg! Das war der Wunsch des Tages, den man von allen Seiten hören konnte. Die Schweden des Bürgerkrieges konnte man nicht blutig genug ausmalen.

Damals war die Armee revolutionärer Neigungen dringend verdächtig. Man wußte noch nicht recht, was man von den heimkehrenden Truppen zu erwarten hatte. Und auch die Arbeitererschaft verfügte noch über ansehnliche Mengen von Munition und Waffen. Daher die Warnungen vor dem Bürgerkrieg.

Inzwischen hat sich das Blättchen gewendet. Die Armee ist demobilisiert, die Arbeitererschaft entwaffnet und

durch einige Adressen, die wilde Soldatenhaufen an ihr vorgenommen haben, gelähmt.

Nun organisiert die Regierung, in der sowohl viele Sozialisten in den entscheidenden Ressorts sitzen, den Bürgerkrieg. Die bestehenden Massen werden eine nach der anderen bewaffnet und ihre freiwilligen Wehren und Prätorianerhaufen bilden die Wehrmacht der Republik.

Das städtische, bestehende Vürgerinnu wirkt mit Fieber-eifer für den bewaffneten Massenkampf. Es häufte sich allerdings, selbst die Waffe zur Hand zu nehmen. Es kauft mit seinem Gelde eine Schutzwehr des Besitzes. Reiche Spenden regnet es auf die Freiwilligenkorps und im neuesten Erlass über die Bildung von Einwohnerwehren auf dem Lande, in dem der preussische Minister des Innern einen Organisationsplan des Schutzverbandes deutscher Landwirtschaft zur Durchführung empfiehlt, heißt es ausdrücklich, daß die Freiwilligenkorps für die großen Städte bestimmt sind. Mit Recht, denn wer sein gutes Weid bezahlt, verlangt auch das Selbstrecht auf das teuer erworbene Gut.

Auf die Einwohnerwehren stellen möchte man sich nicht verlassen. Man weiß zu gut, daß es zur Niederkämpfung ausgebreiteter Arbeitermassen, auf die es in den großen Städten ankommt, all der milderwertigen menschlichen und militärischen Eigenschaften bedarf, die sich im Soldatenum vereinigen. Welcher Art sie sind, haben wir neuerdings aus beiseinem Munde erfahren. General Haercker kennt keine Leute aus täglichem Umgang mit ihnen und er wird auch genügend kriegswissenschaftliche Schulung besitzen, um sich über die Lebensbedingungen des Soldatenums klar zu sein. In den freiwilligen Truppen konzentrieren sich alle die bösen Eigenschaften des alten Landknechts in seiner schlimmsten Zeit in jener Zeit, da die Landknechte noch froh und teuer und selbstbewußt waren, und da man sie insofern nicht mit jener eisernen Gewalt zur Manneszucht erzühen konnte, die später in der Armee der preussischen Könige zu so grauamer Vollkommenheit gebracht wurde. Herr Haercker ist es daher, wenn er meint, er könne seinen Truppen durch eine strenge Kommando-gewalt Disziplin beibringen. Sobald er den Versuch macht, sie anzuwenden, werden ihm seine Soldaten fortlaufen, um sich mildere Vorrechte, vor allem solche zu suchen, die dem Geiste machen freien Spielraum lassen. Kein Befehlshaber ist solcher Truppe sicher, denn die Mannschaften, die moralisch für diesen Dienst prädestiniert sind, werden zu dem Kommandanten laufen, der am besten beachtet und am meisten die Augen zudrückt. Und das ist das Einzige, was uns noch ein wenig von den Zuständen mittelalterlichen Landknechtswehens unterscheidet, daß die einzelnen merkwürdigen Befehlshaber sich keine Konkurrenz machen durch bessere Soldbedingungen. Weit entfernt von diesem Zustande sind wir aber nicht mehr.

Aus allen diesen Gründen sind die Soldatentruppen militärisch vollkommen unbrauchbar. Sie bilden keinen ernsthaften Schutz des Landes gegen auswärtige Feinde und werden ihm nie bilden. Niedrige Intelligenz befähigen den Menschen nicht, sein Leben einzusetzen für eine Idee, ganz gleich welcher Art sie sein mag. Und ernsthafte, tüchtige Offiziere, Leute die den militärischen Beruf und seine moralischen Voraussetzungen kennen — sollten sich schämen, solchen Truppen voranzugehen.

Und nun bewaffnet man die Landbevölkerung. Dem Landarbeiter wird man allerdings seine Waffe in die Hand geben, sofern er nicht im Einzelkaffe als der allzeit getreue Diener seines hohen Herrn bekannt ist. Man wird sich also auf die Bauern beschränken müssen.

Nach dieses militärische Experiment kann — und soll ja auch — nur der Bürgerkrieg dienen. Eine militärisch brauchbare Truppe läßt sich auf diese Art nicht bilden, denn der Bauer ist sozial ein Eigenbrötler, dem die Voraussetzungen zur Disziplin aus freier Unterordnung völlig fehlen. Eine Zwangsdisziplin ist aber im neuen „Landbau“ noch weniger durchzuführen als bei den Soldatentruppen. Der Bauer wird vor allem zur Waffe greifen, wenn es gilt, sein Eigentum zu schützen, er wird nach Hause gehen, wenn kein Dorf umdroht ist. Und wenn er für eine Idee kämpfen soll, so muß es eine reaktionäre sein. Macht doch der starke agrarische Charakter der Schweiz selbst die Miliz, die dort — rein organisatorisch gesehen — immerhin in einem verhältnismäßig hohen Grade der Demokratie entwickelt ist, zu einem Instrument der Reaktion. Gewisse Vorgänge in der Schweiz zeigen aber auch, daß der Bauer sehr leichtbar sein kann, wenn er, im irri-

gularen, Kriege mit der Waffe in der Hand seinen Massen-loawi führt.

Das ist aber die große Gefahr, die die Bewaffnung der einzelnen Gesellschaftsklassen in getrennten Wehren in sich birgt: daß die verschiedenen Klassen oder ihre Soldtruppen eines schönen Tages mit Maschinengewehren und Panzerautos aufeinander losgehen.

Bleibt es aber an den Kreisen der Landwirtschaft kommende Gedanke des sogenannten „Landhaubes“ zum Teil darauf zurückzuführen, daß man auf dem Lande einen guten Grund haben möchte, sich den „Sch“ der Freiwilligen verbitten zu können. Wir können uns schon denken, daß dem Landwirt davor graut, daß Freiwillige in seiner Handwerker-Kammer — Hanssicherung hollen.

Der Hauptgrund der Bewaffnung des Landes ist allerdings unverkennbar: es ist der Gedanke, daß das städtische Proletariat doch eines Tages politisch zu größerer Weltuna kommen und schärfere Maßnahmen zur Erfassung der Lebensmittel anwenden könnte. Dagegen will man sich „militärisch“ sichern. Und es ist eine Schamlosigkeit sondergleichen, im Hinblick auf solche Möglichkeit von „seinen Gezeiten“ zu sprechen, die sich plündernd, raubend, jagend und mordend über das platte Land ergießen könnten!

Die Regierung schafft durch Duldung und Förderung dieses Waffensbaus alle Voraussetzungen für den organisierten Bürgerkrieg. Wir können nicht annehmen, daß das ihre Absicht ist, müssen aber erwarten, daß sie sich über die Konsequenzen ihrer Handlungen klar wird. Und wir müssen fordern, daß sie Absicht schafft durch Durchführung geordneter, militärisch wie politisch und — nicht zuletzt — moralisch haltbarer Zustände im Meerwesen.

## Scheidemann und Erzberger.

Wir haben mehrfach die treffenden Ausführungen der „bürgerlich-demokratischen“ „Voller National-Zig.“ über die deutsche Politik zitiert. Nachstehend sei folgendes Urteil über die gegenwärtige Situation in Deutschland wiederzugeben:

Scheidemann und seine Regierungsgesellen glauben heute, sich auf die Wehrheit des deutschen Volkes stützen zu können; daß ein solches Verstummen. Die Ursachen der letzten Wochen kann man nicht mit einer Handbewegung als parteipolitische Putsch erklären. Sie sind doch etwas mehr. Es liegt ihnen eine tiefgehende Unzufriedenheit mit den deutschen Regierungsgewalten zugrunde, die sich nur nach mit brutaler Gewalt behaupten können. Weil sie innenpolitisch keine positiven Leistungen vollbracht, die die Massen befriedigen und weil sie außenpolitisch völlig ratlos sind. Scheidemann schmeichelt sich, daß durch ihn der Welt bewiesen würde, es herrsche in Deutschland ein neuer Geist. Er wird eine tiefe Enttäuschung erleben, wenn er vergessen hat, daß er bei der Entente — mit Recht oder Unrecht — immer noch als „Kaiser-sozialist“ gilt.

Nicht minder klar ist das Urteil über die verhängnisvolle Tätigkeit des Herrn Erzberger:

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die deutschen Völkerfolge in Epaa zum Teil auch auf den öblen Raumund zurückführt, den Herr Erzberger in der ganzen Welt gemacht. Er, der während des Krieges den ganzen deutschen Völkern die Waffe organisiert, konnte sich immer noch nicht an die Wahrheit gewöhnen und hat das deutsche Volk nicht einmal über die Verhandlungen in Epaa wahrheitsgemäß unterrichtet. Das läßt manchen überflüssigen deutschen Protest gegen die Entente aus, der jenseits des Ährins nur den Eindrud erwecken konnte, daß sich in Deutschland nichts geändert habe. Vor kurzem ließ Herr Erzberger in der Presse mitteilen, daß er die Wahl in die deutsche Delegation nicht annehme. Er hat wohl schon vergessen, daß bereits im vorigen Jahr nach den britischen Angriffen auf Bayern die Reichsregierung sich zu der Erklärung genötigt sah, daß Erzberger zwar wegen seiner „technischen Kenntnisse“ nicht aus der Wehrmittellandkommission ausscheiden könne, daß es aber nicht in die Friedensdelegation komme. Das war vor ungefähr vier Monaten. Warum also jetzt diese Komodie? Wedrigen würde das Ansehen der deutschen Regierung nur gewinnen, wenn Herr Erzberger nach seinen „Erfolgen“ in Epaa auch die Würde des Reichsministers ohne Vorwürfe auf gerühmter Schultern legen würde. Vielleicht sieht er sich zu diesem Schritt veranlaßt, bevor man ihn von München aus an gewisse Dinge aus den Septembertagen 1914 erinnert.“

## Der revolutionäre Heine.

Der revolutionäre Heine ist den Scheinsozialisten ebenso im Wege, wie der revolutionäre Marx. Nachdem nun letzterer gehörig verwasstet und für den idealischen Gebrauch zurechtgemacht worden ist, kommt jetzt Heine an die Reihe. Genosse Otto Jensen hat schon treffend in seinem Artikel „Marx, Heine und wir“ darauf hingewiesen.

Welche Stellung Heine zum revolutionären Befreiungskampf des Proletariats eingenommen hat, zeigt er selbst in seinen glänzenden Schriften über die Pariser Aufstände. Aber auch sehr aktuell sind diese Berichte, weil sie die damaligen Kämpfe doch eine große Ähnlichkeit mit den künftigen im Anfang März auf. Aus den „Französischen Zuständen“, Art. IX vom 16. Juni 1892.

Als das Gebäude der Rue Saint-Mery eingenommen wurde, stieg ein Schüler der Ecole d'Alfort mit der Fahne aus. Doch, wie sein „Vive la République“ und stürzte wieder, von Augen durchbohrt. In ein Haus, dessen erste Etage noch von den Republikanern besetzt wurde, drangen die Soldaten und brachen die Treppe ab; jene aber, die ihren Feinden nicht lebend in die Hände fallen wollten, haben sich selber umgebracht, und man erschorte nur ein Zimmer voll Leichen. In der Kirche Saint-Martin hat man mir diese Geschichte erzählt, und ich mußte mich dort an die Bildsäule des heiligen Sebastian anschauen, um nicht vor innerer Bewegung umzufinken, und ich weinte wie ein Knabe. Alle Heldengeschichten, worüber ich als Knabe schon soviel gelesen, traten mir dabei ins Gedächtnis.“

Der beschriebene Tod dieser großen Unbekannten vermag nicht bloß und eine wechmütige Klärung einzulösen, sondern er ermutigt auch unsere Seele, als Heuzug, daß viele tausend Menschen, die wir gar nicht kennen, bereit stehen, für die heilige Sache der Menschheit ihr Leben zu opfern. Die Despoten aber müssen von heilighem Grauen erschüttert werden bei dem Gedanken, daß eine solche unbekannte Schar von Todesbedürftigen sie immer umringt gleich den verarmten Dienern einer heiligen Heime.“

Einmütig wird der Heldennut dieser Kämpferin gerühmt; sie sollen Wunder der Tapferkeit vollbracht haben. Sie tiefen behändig: „Vive la République!“ und sie fanden kein Echo in der Brust des Volkes. Hätten sie statt dessen „Vive Napoleon!“ gerufen, so würde, wie man heute in allen Volk-

gruppen behauptet, die Linie schmerzlich auf sie aufhocken haben, und die große Menge der Zuschauer wäre ihnen zu Hilfe gekommen. Aber sie verdammen die Vögel. Es waren die reinigen, jedoch keineswegs die flüchtigen Freunde der Freiheit. Und doch ist man heute obher genug, sie des Einverständnisses mit den Kapitalisten zu beschuldigen. Wahrheit, wer so todermütig für den heiligen Jertum seines Herzens stirbt, für den schönen Wahn einer idealischen Zukunft, der verbindet sich nicht mit jenem feigen Kot, den und die Vergangenheit unter dem Namen Reaktion hinterlassen hat. Ich bin, bei Gott kein Republikaner, ich weiß, wenn die Republikaner liegen, so schneiden sie mir die Kehle ab, und zwar, weil ich nicht auch alles bewundere, was sie bewundern; — aber dennoch die nackten Tränen raten mit heute in die Augen, als ich die Erde betrat, die noch von ihrem Blute gerötet ist. Es wäre mir lieber gewesen, ich und alle meine Mitgenossen wären jener Republikaner gehorcht.“

Die Nachfolger dieser selbstverleierten Revolution sind vorzugweise. Weber tausend Menschen sind arretiert, darunter auch, wie man sagt, ein Deputierter, Garnier-Pagès. Die liberalen Journale werden unterdrückt. Das Armerium frohlockt, der Spionismus arbeitet und viele der besten Menschen müssen Trauer anlegen. Die Abklärungstheorie wird noch mehr Opfer verlangen. Schon in der Nationalgarde Angst ob ihrer eigenen Fure; die Helden erwidern, wenn sie sich selbst in einem Einzelnen sehen. Der König der große, starke, mächtige Ludwig Philipp, wird viele Ehrenkränze austreten. Der bezahlte Wühler wird die Freunde der Freiheit auch im Grade schmähen, und letztere heißen jetzt Feinde der öffentlichen Ruhe: Mörder usw.“

Genau so wie jetzt wieder. Hat der „Vorwärts“ die Ermordeten der März-Woche nicht ebenso beschimpft? Es war vielleicht derselbe „Vorwärts“-Redakteur, der im Januar von den erschossenen „Vorwärts“-Parlamentarier nichts gesehen dafür aber in den „Wunderkriegen“ Geschichten der Christungen im März Staub und Nordst und sonstige jämliche Eigenschaften entdeckt hat. Wie erleben nicht Heine dagegen von den Gefallenen in seiner Besprechung des Delatortischen Gemäldes: „Die Heiligkeit des Sujets erlaubt keine strenge Kritik des Autoris, welche vielleicht möglich ausfallen könnte. Aber trotz einiger Rundmängel, a met in dem Bilde ein großer Gedanke, der uns wunderbar entgegenwehrt. Eine Volksguppe während

den Julintagen ist dargestellt, und in der Mitte, beinahe wie eine allegorische Figur, steht hervor ein jugendliches Weib, mit einer roten phrygischen Mütze auf dem Haupte, eine Pflanze in der einen Hand und in der anderen eine dreifache Fahne. Sie schreitet dahin über Leichen, zum Kampfe anfordernd, entblüht bis zur Hüfte, ein schönes, ungestümrz Weib, das Gesicht ein schmerzvolles, frecher Schmerz in den Augen, eine seltsame Mischung von Phryne, Vaisard und Freiheitstaktin. Doch sie eigentlich letztere bedeuten solle, ist nicht ganz bestimmt ausgedrückt. Diese Figur scheint vielmehr die wilde Volkstrost, die eine totale Niederdrückt, darzustellen. Ich kann nicht umhin, zu gestehen, diese Figur erinnert mich an jene peripatetischen Philosophinnen, an jene Schenkländerinnen der Liebe oder Schnelliebende, die des Abends auf den Boulevards umherstapeln; ich fürche, daß der kleine Schornsteinrußpud, der mit einer Pistole in jeder Hand neben dieser Göttergötter steht, vielleicht nicht allein vom Aufbeschmutzt ist; daß der Vorkontstantinidat, der auf dem Boden liegt, vielleicht den Abend vorher mit seinem Komiermarken des Theaters in seinem Gesicht die Geleete und in seinem häßlichen Mod gewiß noch den Duft des Klaffenpotes trägt; — aber das ist es heute, die Kräfte, die Republik, grabelt und scheitert und aufgewart. Heilige Jungfrau von Social Ihr werden, ewig Armutia sehen von dem Urbel der Menschen, der nie ganz ger auf den alten Grävern, sondern freudig glaubt er sich an die Auferstehung der Wäker. Heilige Jungfrau! Wie schön war die Sonne und wie groß war das Volk von Social Die Wäker im Wundern, die dem großen Kampfe zulassen, jagten vor der neuen Stühlen und waren gern aufgestanden von ihren gelübten zu werden von Paris! Aber nichtig, Anglist, wie sie sich fürchteten sie am Ende, daß die Menschen zu hoch und zu herrlich emporschließen möchten, und durch ihre willigen Richter sich stand zu zeln“, und sie stifteten die heilige Hebelion, das v. Polierische Weib. Es ist dafür geforgt, daß die Freiheit bäume nicht in den Himmel hineinwachsen.“

Folgen der Gewalt Herrschaft.

Die Verhängung des Belagerungszustandes über Stuttgart hat bereits zu ersten Folgen geführt.

Gegen Mittag wurde von den streikenden Arbeitern ein Demonstrationsszug veranstaltet, der einen gewaltigen Umfang hatte.

Es wird weiter gemeldet, daß die Streikleitung beschlossen habe, als Antwort auf die Gewalt Herrschaft den Generalkrieg für ganz Württemberg zu proklamieren.

Eine offiziöse Darstellung.

Stuttgart, 2. April. Wolffs Bureau teilt mit: Heber den bisherigen Verlauf des allgemeinen Ausstandes erfahren wir von unabhängiger Seite folgende:

In weiteren Ereignissen des Tages ist zu verzeichnen der Sturm auf einen Postwagen vor der Großen Infanteriekaserne.

Die Unruhen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 2. April. Das Volksgewühl teilte in späteren Nachmittagsstunden mit: Die Situation ist um 11 Uhr abends so, daß nach allen vorliegenden Berichten volle Ruhe in der Stadt herrscht.

Idealtum und Wirklichkeitswein.

Im Spiegel-Bericht ist ein Pamphlet von Robert Drexler erschienen, das sich unter Aufprob von viel Pathos und stillicher Empörung gegen die bekannten Sozialisierungsgründliche Prof. H. H. H. richtet.

Sie sind Sozialist; ich nicht. Und gleichwohl fühle ich härter und lebendiger als Sie, was Sozialismus eigentlich ist.

Der Drexler, der nach eigenem Geständnis nicht Sozialist ist, führt nach Entwicklung dieser gefühlvollen Seelenanalyse gemüht fort:

mitteln Sicherheitspotrouillen sehr ihre Tätigkeit in der bisherigen Weise fort. Am heutigen Tage sind außer der Plünderung eines Wädeladens in der Stollstraße und kleineren Vorkommnissen in der Schnurpasse keine ernstlichen Vorfälle zu verzeichnen.

Ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Am Montagabend hatten wir mitgeteilt, daß in der Fraktion der rechtssozialistischen Arbeiterräte eine Opposition gegen die bisherige Führung entstanden sei.

Wir haben heute unter voller Wahrung unserer Parteigrundsätze im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Bezirksorganisation für den Ausbau des Räte systems nach den realistischen Richtlinien gewirkt.

Der Vorschlag tritt lautlos mit, daß die Versammlung diese Erklärung ohne Debatte zur Kenntnis genommen habe.

Den Kernpunkt unserer Mitteilung veranschaulicht die Erklärung, daß nämlich die drei die bisherige Fraktionspolitik der S. P. D. vertretenden Genossen Straßer, Ledermann und Brand nicht auf die Kandidatenliste gekommen sind.

Die Lebensmittellieferungen.

London, 1. April. Dem Österreichischen Bureau wurde vom Vizekonsul in London mitgeteilt, daß kein Grund zur Annahme besteht, daß die deutsche Blockade ganz aufgehoben würde.

Wolffs Telegraphenbureau wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen über die Lebensmittellieferungen in Rotterdam gute Fortschritte machen.

Eine amerikanische Lebensmittelkommission hat in Hamburg ihren Sitz aufgeschlagen.

Die Internationale und die Friedenskonferenz.

Wie Social meldet, hat der Vollzugsausschuß der internationalen Vernetzungssozialistenkonferenz gemeinsam mit dem Ausschuh zur Überwachung der Ausführung der von der Konferenz gefassten Entschlüsse in Paris eine Sitzung ab.

Medizin.

Schauspiel von Wenzel Goldbaum. Im Theater in der Friedrichstadt, das sonst die letzte Ruhe feiert, gab es gestern eine Aufführung, die anscheinend literarisch gemeint war.

In den Konflikten spielt der Zwiespalt zwischen wissenschaftlicher Forderung und kapitalistischer Ausnutzung männlicher, Neugierde und regierungskommissarischer Anschickelung hinein.

Der Drexler, der nach eigenem Geständnis nicht Sozialist ist, führt nach Entwicklung dieser gefühlvollen Seelenanalyse gemüht fort: Aber eine Gefahr droht den großen Idealen: durch die Reinen Köpfe trivialisiert zu werden.

nationaler Sozialistenkongress nach der Schweiz gesammelt werden.

Aus Ungarn.

Das „Neue Wiener Abendblatt“ meldet nach Berichten von heute aus Ledenburg hier einetroffenen Reisenden, daß die ungarischen Volkswellen ihre Herrschaft auf Westungarn ausdehnen.

Amsterdam, 2. April. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wird aus Paris gemeldet, daß eine aus sechs Republikanern und sechs Demokraten bestehende Delegation des amerikanischen Kongresses dort eingetroffen ist.

Die Amerikaner und der Völkerbund.

Unter dieser Überschrift macht uns die „Berl. Volkszeitung“ in ihrer heutigen Morgenausgabe schwere Vorwürfe darüber, daß wir uns bisher zu dem Fall Hill nicht geäußert hätten.

Die Delegation versichert Wilson, daß die Mehrheit des amerikanischen Volkes für den Völkerbund sei.

Unter dieser Überschrift macht uns die „Berl. Volkszeitung“ in ihrer heutigen Morgenausgabe schwere Vorwürfe darüber, daß wir uns bisher zu dem Fall Hill nicht geäußert hätten.

Die Wahrheit über alles!

Unter dieser Überschrift macht uns die „Berl. Volkszeitung“ in ihrer heutigen Morgenausgabe schwere Vorwürfe darüber, daß wir uns bisher zu dem Fall Hill nicht geäußert hätten.

Gewerkschaftliches.

Unternehmerwillkür in der Stralauer Glasbläse A.G. Seit dem 23. März haben die Schlosser und Schmiede der Stralauer Glasbläse im Streik. Sie ringen um Anerkennung des im Metallarbeiterverband üblichen Kollektivvertrages.

Verfassungen.

Meinlehenhof, West. Die am Montag, den 24. März, verbotene Generalsammlung fand am 29. März ihre Fortsetzung. Gen. Hauptmann gab einen Tätigkeitsbericht des Reicherterrons.

